

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Land/Stadt)

7. Sitzung

10.12.15

Haushalts- und Finanzausschuss

(Land/Stadt)

7. Sitzung

- Sondersitzung -

am 10. Dezember 2015

Börsenhof A, Raum 416

Anwesend: Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Dehne (SPD)
Abg. Frau Dogan (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Güngör (SPD)
Abg. Herr Prof. Dr. Hiltz (FDP)
Abg. Herr Hinners (CDU)
Abg. Herr Liess (SPD)
Abg. Herr Reinken (SPD)
Abg. Herr Remkes (ALFA)
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
Abg. Frau Schierenbeck (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Steiner (FDP)
Abg. Frau Tuchel (SPD)
Abg. Herr Welt (SPD)

außerdem sind anwesend:

Herr Sommer)	
Frau Kreuzer)	von der Senatskanzlei
Herr Rauscher)	
Herr Fehren)	
Herr Fries)	
Herr Kratky)	
Herr Meyer)	von der Senatorin für Finanzen
Herr Sommer)	
Herr Trottnow)	
Herr Blohme		vom Senator für Kultur
Frau Moning		von der Senatorin für Bildung und Kinder
Herr Müller)	
Herr Krämer)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit
Herr Ullrich)	und Häfen
Herr Drücker)	
Frau Grewe-Wacker)	
Herr Prof. Stauch)	
Frau Wolff)	vom Senator für Justiz und Verfassung
Herr Ruthis-Fischer)	SDP-Referent
Herr Runge		vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei/ Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 13.05 Uhr.

Öffentlicher Teil

1. Haushaltsrisiken 2015

2. Lösungskonzept 2015

Herr Meyer führt unter Bezugnahme auf die Vorlage aus, dass dort im 3. Absatz auf Seite 2 bei der dortigen Anlage des Betrages 6,616 Millionen Euro, ein Additionsfehler aufgetreten sei. Tatsächlich habe sich der ursprüngliche Bedarf um rund 6,188 Millionen Euro erhöht. Des Weiteren weist er unter Bezugnahme auf den 3. Absatz auf der Seite 3 der Vorlage darauf hin, dass die dort angegebenen Beträge von 190 000 Euro und 192 000 Euro vertauscht worden seien.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt) stimmen mehrheitlich und zwar mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, FDP und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA, den Nachbewilligungen, Sperrenaufhebungen und VE-Erteilungen sowie der Streichung der Verlustvorträge gem. Anlage 2 (soweit noch nicht vorliegend vorbehaltlich der Zustimmung der Fachdeputationen) zu.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt) ermächtigen die Senatorin für Finanzen, die nicht benötigten dezentralen Personalminderausgaben im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen (Produktgruppe 92.02.03) auf der Basis des Dezemberergebnisses 2015 zusammenzuführen.

2. Buchungen während der „haushaltslosen Zeit“

Neue Strukturen im Produktgruppenhaushalt

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt) stimmen einstimmig der Buchung der Zahlungs- bzw. Bewirtschaftungsvorgänge in der vom Senat beabsichtigten neuen Struktur der Haushalte (einschl. Produktgruppenhaushalte) zu.

3. City- und Stadtteilmarketing und –management in Bremen Finanzierung 2016 und 2017 (teilweise EFRE 2014-2020)

Abg. Eckhoff bittet unter Bezugnahme auf Ziffer 3 der Vorlage, den dortigen Termin zur Vorlage der Evaluierung auf den 30. September 2016 vorzuverlegen.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt) nehmen das City- und Stadtteilmarketing und -management in Bremen Finanzierung 2016 und 2017 (teilweise EFRE 2014-2020) zur Kenntnis.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt) stimmen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE bei Enthaltung der Fraktion der CDU und FDP sowie des Ausschussmitglieds der Gruppe ALFA, der Erteilung einer zusätzlichen Berichtigungsermächtigung in Höhe von insgesamt 2 030 Euro (auf Abdeckung im Jahr 2016 und 2017 jeweils in Höhe von 1 015 Euro) bei der Haushaltsstelle 0754/682 40-0 „City- und Stadtteilinitiativen incl. BID-Gesetz“ zu.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt) bitten um Vorlage der von der zuständigen Fachdeputation beratenen externen Evaluierung der Maßnahmen bis zum 30.09.2016.

4. Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo HB 2020) Phase A für den Zeitraum 2016-2018 Maßnahme aus dem EFRE-Programm Land Bremen 2014-2020

hier: Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung

- Vorlage 19/ 90 L -

- Vorlage 19/ 91 S -

Abg. Dr. vom Bruch fragt, ob es tatsächlich notwendig sei, diese sehr umfangreiche Vorlage bereits im Rahmen dieser Sondersitzung abschließend zu beraten oder ob nicht eine Beschlussfassung erst in der Januar-Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses möglich sei.

Herr Ullrich antwortet, dass es sich vorwiegend um ein Projekt aus dem bereits seit 2 Jahren laufenden aktuellen EFRE-Programm handele und mit dem Projekt, um eine Abrechnung der Projektkosten innerhalb der Förderperiode nicht zu gefährden, unbedingt Anfang 2016 begonnen werden müsse.

Staatsrat Lühr ergänzt, dass die Erteilung einer entsprechenden Verpflichtungsermächtigung Grundvoraussetzung für den Beginn des Projektes sei und in Anbetracht der drohenden haushaltslosen Zeit, die wohl erst im 2. Halbjahr des Jahres 2016 beendet sei, eine Verpflichtungsermächtigung noch in diesem Jahr erteilt werden müsse, um den avisierten Projektbeginn nicht zu gefährden.

Abg. Frau Dr. Schierenbeck fragt, wie in der Praxis sichergestellt werde, dass in nur bedürftige Unternehmen, die nicht in der Lage sind, den fünfzigprozentigen Eigenanteil aufzubringen, eine zusätzliche Förderung in Höhe des fehlenden Eigenanteils erhalten.

Abg. Eckhoff fragt, warum diese doch sehr umfangreiche Vorlage nicht bereits früher dem Haushalts- und Finanzausschüssen vorgelegt wurde.

Herr Ullrich antwortet, eine frühere Befassung der Haushalts- und Finanzausschüsse dieser Vorlage sei wegen bestimmter Abläufe, insbesondere auch der zwischenzeitlich in Kraft getretenen Haushaltssperre, nicht möglich gewesen. Vor Erteilung einer zusätzlichen Förderung werde selbstverständlich die Bedürftigkeit der betroffenen Forschungsinstitute überprüft, sodass ein Missbrauch dieser Regelungen ausgeschlossen werden könne.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt) nehmen über das Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo HB 2020) Phase A für den Zeitraum 2016-2018 Maßnahme aus dem EFRE-Programm Land Bremen 2014-2020, Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung zur Kenntnis.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt) stimmen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und des Ausschussmitglieds der Gruppe ALFA und bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion DIE LINKE der Erteilung folgender zusätzlicher Verpflichtungsermächtigungen (insgesamt 6,55 Millionen Euro) zu:

- In Höhe von 5 500 000 Euro für die Haushaltsstelle 0703/891 20-9 „Investitionszuschüsse für Innovationsförderung“ mit Abdeckung (2016 1 500 000 Euro, 2017: 1 500 000 Euro und 2018: 2 500 000 Euro)

-In Höhe von 1 050 000 Euro für die Haushaltsstelle 0703/686 17-6 „Förderung von Transferstellen“ mit Abdeckung (2016, 2017 und 2018: jeweils 350 000 Euro per anno.)

**5. Bremer Innenstadt – Einzelhandelsentwicklung und Ansgariquartier
hier: Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung
- Vorlage 19/ 92 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt die Entwicklung Bremer Innenstadt - Einzelhandelsentwicklung und Ansgariquartier, Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und FDP, der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 915 000 Euro bei der Haushaltsstelle 3754/891 20-21 „Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen“ zu.

**6. Weiterentwicklung des Überseehafens – Sanierung von Kajen im Kaiserhafen III
hier: Erteilung einer veranschlagten und zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung
- Vorlage 19/ 91 L
- Vorlage 19/ 93 S**

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt) stimmen der vorgeschlagenen Maßnahme, Weiterentwicklung des Überseehafens – Sanierung von Kajen im Kaiserhafen III, Erteilung einer veranschlagten und zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung zu.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt) stimmen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und der Gruppe ALFA der Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 9 940 000 Euro bei der Finanzposition 3801/884 22-8, An das Sondervermögen Hafen für Investitionen zu.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt) stimmen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und der Gruppe ALFA, der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 22 670 000 Euro bei der Finanzposition 3801/884 22-8, An das Sondervermögen Hafen für Investitionen zu. Zum Ausgleich wird die bei der Finanzposition 3995/790 10-5 ‚Investitionsreserve‘ veranschlagte Verpflichtungserklärung insoweit nicht in Anspruch genommen.

7. **41.03.01 Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge**
hier: Erteilung von veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen über 53.478.000 Euro bei 3417/518 10-9 „Mieten und Pachten“ und 49.370.000 Euro bei 3417/893 10-4 „Investive Ausgaben zur Herstellung von Unterbringungsmöglichkeiten“
- Vorlage 19/ 94 S -

Staatsrat Fries führt in der Bezugnahme auf ein als Anlage zu diesem Protokoll genommenen Senatsbeschluss (Anlage 1) aus, dass hinsichtlich aller für die Unterbringung von Flüchtlingen in Betracht kommenden Standorte, mit den darauf vorgesehenen Einzelmaßnahmen, ein Einvernehmen mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hergestellt worden sei.

Abg. Frau Dr. Schierenbeck bittet zur Januar-Sitzung des städtischen Haushalts - und Finanzausschusses um Vorlage eines Zeit- und Maßnahmenplans, aus dem sich tatsächliche Fertigstellung und Inbetriebnahme der Unterbringungsmöglichkeiten ergibt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der CDU und bei Enthaltung der Fraktion der FDP, der Erteilung einer zusätzlichen investiven Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 49370 Euro bei der Haushaltsstelle 3417/893 10-4 „Investive Ausgaben zur Herstellung von Unterbringungsmöglichkeiten“ zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 53 478 Euro bei der Haushaltsstelle 3417/518 10-9 „Mieten und Pachten“ für 2016 für die Anmietung von Objekten zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, im Rahmen des Berichts „Sozialleistungen“ über den Umsetzungsstand zu berichten.

8. **68.01.01 ÖPNV/Konsumtive Finanzhilfen**
hier: Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung über 401.533 Tsd. €
- Vorlage 19/ 95 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und FDP der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 401 533 Euro zu.

9. **Sanierung der Justizvollzugsanstalt**
hier: Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung über 2.980 Tsd. €
- Vorlage 19/ 88 L -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt den gegenwärtigen Stand der Sanierungsplanung einstimmig zu. Er bittet den Senator für Justiz und Verfassung, auf dieser Grundlage eine ES-Bau für die Sanierung der Häuser 1 und 2 sowie des sog. Mittelbaus erstellen zu lassen und nach Fertigstellung der ES-Bau erneut zu berichten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung über investive Ausgaben in Höhe von 2 980 000 € zur zügigen Fortsetzung der Sanierungsplanungen zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die aus der Verpflichtungsermächtigung resultierenden Abdeckungsbeträge - soweit sie nicht aus dem Senatsbauprogramm zu erbringen sind – in den Jahren 2016 in Höhe von 410 T€ und 2017 in Höhe von 1 080 T€ bei den weiteren Investitionsplanungen im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2016/2017 zu berücksichtigen.

(Schluss der Sitzung um 13.21 Uhr.)

gez. Jens Eckhoff
Ausschussvorsitzender